

Vom Überwachungsstaat in die Beliebigkeit der Konsumgesellschaft? Transformationsprobleme sozialer Kontrolle im Prozeß der deutschen Vereinigung

Franz, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Franz, P. (1995). Vom Überwachungsstaat in die Beliebigkeit der Konsumgesellschaft? Transformationsprobleme sozialer Kontrolle im Prozeß der deutschen Vereinigung. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 368-373). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141597>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

3. Vom Überwachungsstaat in die Beliebigkeit der Konsumgesellschaft? Transformationsprobleme sozialer Kontrolle im Prozeß der deutschen Vereinigung

Peter Franz

1. Einleitung

Zur Erinnerung: In der ersten freien und zugleich letzten Wahl zur Volkskammer der DDR vor fünf Jahren im März 1990 erteilte die Mehrheit der Wähler den Politikern der damaligen „Allianz für Deutschland“ den Auftrag, den demontierten DDR-Staat in das Gehäuse der Bundesrepublik Deutschland zu überführen.

Fünf Jahre später muß man konstatieren, daß die institutionelle Inkorporation der fünf neuen Bundesländer erstaunlich schnell und ohne größere Friktionen erfolgt ist: Die *Systemintegration* ist praktisch erfolgreich abgeschlossen.

Den Indikatoren gelungener Systemintegration stehen jedoch vielfältige Anzeichen einer noch nicht befriedigend verlaufenden *Sozialintegration* gegenüber. Darauf deuten hin:

- a) die rückblickende Aufwertung des sozialen Netzes und des solidarischen Umgangs der Menschen in der DDR,
- b) die zunehmend kritischere Beurteilung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im neuen Deutschland,
- c) das anhaltend geringe Selbstwertgefühl der Neubürger im Vergleich zu den Alt-Bundesbürgern und
- d) die neu entstandenen Existenzängste im Hinblick auf drohende Arbeitslosigkeit und bedrohliche Kriminalität.

Diese offensichtliche „Ost-algie“ muß denjenigen erstaunlich erscheinen, die in der vergangenen DDR das SED- und Stasi-Regime als Inbegriff des bevormundenden „Überwachungsstaates“ erblicken, dem zu entrinnen man nur froh sein konnte.

Die soeben angesprochenen empirischen Befunde deuten aber darauf hin, daß die Formel „Raus aus dem Überwachungsstaat - rein in die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zu einfach ist, um dem komplexen Ablauf vereinigungsbedingter Umorientierungsprozesse gerecht zu werden. Im folgenden soll am Fall der Veränderungen *sozialer Kontrolle* aufgezeigt werden, welche Orientierungsprobleme und Unsicherheiten die „institutionelle Inkorporation“ der Ostdeutschen nach sich gezogen hat.

2. Theoretische Perspektiven zur Erfassung des Systems sozialer Kontrolle in der DDR

Um die Transformationsprobleme sozialer Kontrolle analysieren zu können, ist es einerseits wichtig, den Kontrollstrukturen und -mechanismen in der DDR-Gesellschaft nachzugehen. Andererseits müssen diese Eigenheiten mit den in der westdeutschen Gesellschaft praktizierten Arten und Weisen sozialer Kontrolle kontrastiert werden, um die Schwierigkeiten beim Übergang verständlich zu machen.

a) Die DDR-Gesellschaft als totale Institution

Vergegenwärtigt man sich die DDR als nahezu reine Form des „Überwachungsstaats“, so liegt es nahe, sie als „totale Institution“ im Sinn von Goffman (1973) aufzufassen. Goffman selbst rechnete Staaten und Gesellschaftssysteme zwar nicht zu den totalen Institutionen, doch passen viele seiner Definitionskriterien erstaunlich gut für den Fall der DDR. Als eines der zentralen Merkmale totaler Institutionen nennt Goffman ihren allumfassenden Charakter, der sich darin äußert, daß für ihre Insassen der Kontakt zur Außenwelt durch „verschlossene Tore, hohe Mauern, Stacheldraht“ (1973, S. 16) minimiert ist. Außerdem ist darin enthalten, daß alle Lebensbereiche ohne Ausnahme durch Autoritätsprinzipien von außen determiniert sind.

Als weiteres Kennzeichen nennt Goffman, daß „die verschiedenen erzwungenen Tätigkeiten... in einem einzigen rationalen Plan vereinigt (werden, P.F.), der angeblich dazu dient, die offiziellen Ziele der Institution zu erreichen“ (1973, S. 17), was mit der planwirtschaftlichen Ausrichtung der DDR übereinstimmt. Ziel totaler Institutionen ist laut Goffman die Überwachung der Menschen, „wobei darauf geachtet wird, daß jeder das tut, was ihm klar und deutlich befohlen wurde, und zwar unter Bedingungen, unter denen ein Verstoß des einzelnen sich deutlich gegen die sichtbare, jederzeit überprüfbare Willfähigkeit der anderen abhebt“ (1973, S. 18).

Totale Institutionen zeichnen sich nach Goffman weiterhin dadurch aus, daß zwischen den kontrollierten Insassen und dem kontrollierenden Personal eine fundamentale Trennlinie verläuft: „Das Personal hält sich für überlegen und glaubt das Recht auf seiner Seite, während die Insassen sich - zumindest in gewissem Sinn - unterlegen, schwach, tadelnswert und schuldig fühlen“ (1973, S. 19). Ganz ähnliche Persönlichkeitsmerkmale wurden von Maaz (1990) aus psychoanalytischer Sicht für die DDR-Bevölkerung im Vereinigungsjahr 1990 diagnostiziert, und die bis heute anhaltenden Selbstwert-Defizite der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen scheinen ebenfalls die Sichtweise von Goffman zu stützen.

Trotz dieser auffälligen Entsprechungen erweist sich die Übertragung des Goffmanschen Konzepts auf die gesamte Gesellschaft der DDR als zu eindimensional. Es bleibt unberücksichtigt, daß große Teile der Bevölkerung die Kaderherrschaft aktiv mitgetragen und sich in Form territorial und betrieblich organisierter Konflikt- und Schiedskommissionen an Kontrollaktivitäten beteiligt haben.

Aber auch unterhalb der mittleren Ebene der Konflikt- und Schiedskommissionen hatten sich Kontrollformen herausgebildet, an denen sich auch Personen ohne größere politische Macht sowohl formell - wie beim Führen der häufig erwähnten Hausbücher - als auch informell beteiligten. Informelle Sozialkontrolle war vor allem im beruflichen Umfeld üblich, wo z.B. Betriebsangehörige Kollegen aufsuchten, die ohne Grund von der Arbeit fernblieben.

b) Die DDR als „disziplinierte Gesellschaft“ im Sinn von Pizzorno

Unter Verwendung des individualistischen Ansatzes von Pizzorno (1991) versucht K. U. Mayer das DDR-spezifische Profil sozialer Kontrolle herauszuarbeiten. Für die Herrschaftssicherung in der DDR erscheint typisch eine Kombination aus einer positive Anreize setzenden Wertebindung für die Kader und Parteimitglieder und aus einer Disziplinierung der breiten Masse der Bevölkerung. Zu dieser Strategie der Disziplinierung trat aber häufig (in der Spätphase der DDR

zunehmend öfter) die Steuerung über finanzielle Anreize hinzu (z.B. in der Familienpolitik), um gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.

Hierbei kam den Betrieben eine zentrale Rolle zu, den sozialen Zusammenhalt in Form von Arbeitskollektiven und Brigaden zu stärken und angepaßtes Verhalten durch die Vergabe materieller und immaterieller Gratifikationen zu belohnen. Über diese fast paternalistische Fürsorge der Betriebe für ihre Mitarbeiter liefen wichtige Prozesse sozialer Kontrolle in der DDR.

c) Die Rolle „solidarischen Handelns“

In vielen Untersuchungen, in denen DDR-Bürger selbst zu Wort kommen, wird regelmäßig auf die frühere Erfahrung zwischenmenschlicher Solidarität Bezug genommen. Diese aus heutiger Sicht als Verlust wahrgenommene Solidarität hatte mehrere Wurzeln:

Die Herrschaftstechnik der Disziplinierung bedingte die Verlagerung weicher Teile der Sozialisation von der Familie auf öffentliche Einrichtungen. Dies bewirkte, daß die Heranwachsenden einen großen Teil ihrer Tageszeit in peer groups verbrachten - eine notwendige Voraussetzung für das Erlernen des solidarischen Umgangs miteinander, der sich vor allem in den täglichen Interaktionen in den Brigaden und Kollektiven der Betriebe fortsetzte. In der DDR hatten die Kontakte zu den Arbeitskollegen insgesamt einen weit höheren Stellenwert als in Westdeutschland, und selbst das Verhältnis zu Vorgesetzten war vertrauensvoller als im Westen.

Solidarische Beziehungen entstanden aber - abweichend von der Maxime sozialistischer Solidarität - auch im täglichen Kampf mit der planwirtschaftlichen Unfähigkeit, Güter nachfragegerecht zu produzieren und zu verteilen.

Aus den bisher vorgestellten einzelnen Bausteinen sozialer Kontrollpraktiken läßt sich folgendes Gesamtbild zusammenfügen:

Ein relativ kleiner Politikader erzwingt - zunächst auf die dahinterstehende Besatzungsmacht und später zunehmend auf den selbst geschaffenen geheimdienstlich agierenden Stasi-Überwachungsapparat gestützt - systemkonformes Verhalten der Bevölkerung. Mit zunehmender Lebensdauer der DDR steigt der Anteil an selbstdiszipliniert agierenden Personen, nachdem immer größere Teile der Bevölkerung die eigens geschaffenen Sozialisationsagenturen des Systems durchlaufen haben. Direkt sanktionierende Eingriffe der Judikative können deshalb im Vergleich zu Westdeutschland zahlenmäßig gering bleiben, sehr viele Konflikte werden informell oder halbformell geregelt, sanktioniert wird unterhalb der strafrechtlichen Ebene. Gleichzeitig entstehen als Reaktion auf den sich auf sämtliche Lebensbereiche ausdehnenden sozialistischen Herrschaftsanspruch und noch mehr auf die systembedingte Knappheit an Konsumgütern abgeschirmte „Gegenwelten“ in Form privater Nischen und einer Tauschökonomie. Diese „Gegenwelten“ bleiben weitgehend frei von formellen Sanktionen und werden von Normen gesteuert, die am Reziprozitätsprinzip orientiert sind. Die Beteiligten erleben diesen von oben ungesteuerten Umgang miteinander als solidarisch und als entlastend im Vergleich zu den Interaktionen in staatlich kontrollierten Bereichen. Die meisten Bürger der DDR erwerben das Geschick, problemlos zwischen diesen beiden Welten zu wechseln.

3. Die Auswirkungen der Vereinigung auf die Strukturen sozialer Kontrolle in Ostdeutschland

Die vereinigungsbedingten Veränderungen von Strukturen und Praktiken sozialer Kontrolle entstehen in einer Wechselwirkung: aus dem Zusammenbruch des Herrschafts- und Kontrollsys-

stems der DDR auf der einen Seite und aus den Friktionen und Schwierigkeiten bei der Übernahme westdeutscher Kontrollpraktiken und -strukturen auf der anderen Seite.

a) Der Einsturz der alten Welten

Die im Herbst 1989 lawinenartig anwachsende Wende-Bewegung richtete ihre Angriffe nach dem Sturz der wichtigsten politischen Machthaber sehr schnell darauf aus, den verhaßten Überwachungsapparat der Stasi zu zerschlagen. Noch Ende des gleichen Jahres war dieses Ziel praktisch erreicht. Was den Betroffenen erst nach und nach im weiteren Verlauf des Vereinigungsprozesses zu Bewußtsein kam, war der Sachverhalt, daß mit dem Verschwinden des ungeliebten Überwachungsstaates auch die als Reflex darauf entstandenen und ungleich positiver bewerteten „Gegenwelten“ ihre Funktion verloren. „Tauschbeziehungen werden in dem Moment überflüssig, wo die Warenfülle der Einkaufszentren und Baumärkte als Alternative bereitsteht. Über Jahre mit dem Ziel aufgebaute Beziehungen, bestimmte Güter zu organisieren, werden über Nacht funktionslos. Mit diesen Beziehungen entfallen dann auch stets die damit verbundenen Unterhaltungen und Gespräche.“ Nach der nur kurz vorherrschenden Freude über die stark verbesserte Güterversorgung wurde dieser Wegfall sehr bald als Verlust erlebt. „Man könnte auch sagen: Die Wärme der der Not gehorchenden gemeinschaftlichen Beziehungen in der DDR wird abgelöst durch die Kälte der durchkapitalisierten Beziehungen der BRD-Gesellschaft“ (Franz 1994, S. 321). Dieser Wegfall stellte vor allem jene Personen vor Probleme, die mit dem Aufbau und der Pflege ihrer Nischen auch ein Stück Lebenssinn verbunden hatten.

b) Orientierungsunsicherheiten in der neuen Welt

Während zentrale Kontrollinstitutionen des DDR-Staats fast über Nacht von der Bildfläche verschwanden, konnten viele der DDR-Bürger ihre im Sozialisationsverlauf eingeübte und auf die Autoritätsstrukturen des DDR-Staats ausgerichtete Disziplinierung nicht so schnell abstreifen. In der westdeutschen Gesellschaft stellen Gehorsam und Unterordnung Erziehungsziele dar, die immer seltener als erstrebenswert und wichtig angesehen werden, während Fertigkeiten für autonomere Verhaltensweisen einen hohen Stellenwert einnehmen. Somit war eine Phase der Desorientierung der DDR-Bürger vorprogrammiert, die ihr ansozialisiertes „mentales Gepäck“ ja nicht über Nacht ablegen konnten. Dabei waren jene Personen am stärksten von Desorientierung und Unsicherheit gegenüber den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen betroffen, die direkt in die Disziplinierungsagenturen der DDR (Schulen, Militär, Polizei) involviert waren. Das häufig beklagte „Verschwinden“ der Polizei und ihr Autoritätsverlust nach der Vereinigung sind neben organisatorischen Gründen auch mit auf diese individuelle Verunsicherung des Kontrollpersonals zurückzuführen

Die verringerte Präsenz staatlicher „Ordnungshüter“, die devianzhervorhebende Berichterstattung in den Medien, die ungewohnten und z.T. betrügerischen Geschäftspraktiken westdeutscher Firmenvertreter, das neuartige kollektive und eigenwillige Auftreten von Jugendlichen im öffentlichen Raum und die persönliche Unsicherheit über den Wertekanon der neuen Gesellschaft bildeten zusammengenommen einen Nährboden für ansteigende Furcht vor Kriminalität, die weit schneller stieg als die Häufigkeit krimineller Delikte. Eine Konsequenz daraus ist, daß der Kontrollstil der zu DDR-Zeiten gefürchteten und zur Wendezeit stark kritisierten Polizei heute im Rückblick wieder wesentlich positiver eingeschätzt wird.

4. Kontrollmechanismen der Konsumgesellschaft

An diesem Punkt angelangt, muß man sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Kontrollstrukturen jener Gesellschaft beschaffen sind, in die die Bewohner Ostdeutschlands inkorporiert worden sind. Aus der Sicht der normativ verunsicherten Ostdeutschen erscheint vor allem die Frage drängend, welches Wertesystem, welche normative Ordnung ihrer neuen Gesellschaft zugrundeliegt. Der Ostberliner Soziologe Reißig schreibt: „Wie historische Erfahrungen belegen, erhält für das Gelingen eines nationalstaatlichen Integrations- und Fusionsprozesses das Problem einer gemeinsamen normativen Ordnung einen zentralen Stellenwert“ (1993, S. 18). Dies aber genau ist die Crux im deutschen Vereinigungsprozeß: Während sich die Ostdeutschen über 40 Jahre lang in einer Gesellschaft bewegt haben, in der von der Kinderkrippe bis zum Feierabendheim gemeinsame sozialistische Werte eingeübt, oktroyiert, indoktriniert und z.T. sicherlich auch internalisiert wurden, hat sich in Westdeutschland im Verlauf der gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung ein gemeinsames Wertesystem als Integrationsmodus verflüchtigt.

Welche Faktoren haben aber dann die Stabilisierung der westdeutschen Gesellschaft übernommen? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich zum einen zurückgreifen auf Pizzorno: Er hebt hervor, daß in modernen Gesellschaften mit hohem Individualisierungsgrad die Ordnungswirkung des Marktes immer dominanter wird, während 'Disziplin' und 'Wertebindung' an Bedeutung verlieren. Die CDU/FDP-Koalition setzte im Jahr 1990 auf die gesellschaftsintegrierende Wirkung der Marktkräfte, indem sie mit den Modalitäten der Währungsunion die Voraussetzungen für die sofortige und kaum eingeschränkte Teilnahme der Bewohner Ostdeutschlands am Warenkonsum auf westdeutschem Niveau schuf. Die gewählte Wechselkursrelation zwischen Mark der DDR und DM beinhaltete praktisch die Entscheidung, die Ostdeutschen über den Konsum und nicht über den theoretisch möglichen Weg der Erhaltung der Arbeitsplätze zu integrieren. Mit Hilfe der nach der Währungsunion sehr schnell ansteigenden Transferzahlungen der öffentlichen Hand wurde die Kaufkraft der ostdeutschen Bevölkerung dauerhaft gesichert.

Diese Entscheidung der Bundesregierung entspricht genau der Hypothese des polnischen Soziologen Zygmunt Bauman (1988), daß der Konsumbereich und das Verbraucherverhalten in heutigen modernen Gesellschaften unter kognitiven und moralischen Gesichtspunkten ständig stärker in den Mittelpunkt rücken und zu einem integrativen Faktor heranwachsen. Gleichzeitig verliert die Teilnahme am Arbeitsleben ihren zentralen Stellenwert für gesellschaftliche Integration.

Aus einer etwas umfassenderen Perspektive betrachtet, zählt der Konsumbereich mit seinem Angebot an Waren, seinen Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten zur materiellen Kultur einer Gesellschaft, derer wir uns im alltäglichen Leben bedienen, um private Zwecke realisieren zu können. In entwickelten Industriegesellschaften mit einer ausgeprägten materiellen Kultur wird diese alltägliche Lebensführung selbst immer stärker zu einem Integrationsfaktor und die Gesellschaftsmitglieder sind „in wesentlich geringerem Umfang auf kulturellen Konsens oder auf ein von allen geteiltes Wertesystem angewiesen als vorindustrielle Gesellschaften oder Industriegesellschaften, die noch in der Entwicklungsphase stecken“ (Brock 1993, S. 181).

Während also für die einen Deutschen in einem jahrzehntelangen Prozeß parallel zur wachsenden Fülle und Ausstattung ihrer materiellen Umwelt Werte und normative Gesichtspunkte als

Integrationsfaktoren zurückgetreten sind, sind die anderen Deutschen in einer Gesellschaft groß geworden, in der das Wertesystem als zentraler Integrationsfaktor stark betont wurde. Somit ist das Defizit-Erleben der Ostdeutschen bei ihrer Suche nach den zentralen Werten und Normen der neuen Gesellschaft, in die sie inkorporiert worden sind, fast vorprogrammiert.

Auch die formellen Instanzen sozialer Kontrolle bleiben nicht unbeeinflusst von dieser Entwicklung: Das Rechtswesen verliert immer mehr seinen abgehobenen Charakter hoheitlicher Rechtsprechung und wird im privatrechtlichen Bereich zu einem zunehmend häufiger genutzten und zunehmend alltäglichen Teilsystem der Konfliktregelung - mit Vorteilen für diejenigen, die sich seiner am geschicktesten zu bedienen wissen.

5. Schluß

Die auch heute noch vorhandenen Integrationsprobleme der Bewohner der neuen Bundesländer rühren daher, daß mit der DDR nicht nur ein ungeliebter „Überwachungsstaat“ zu Ende gegangen ist, sondern gleichzeitig die dort entstandenen Gegenwelten funktionslos geworden sind, die viele gemeinschaftlichen Elemente enthielten. Gerade das Verschwinden dieser gemeinschaftlichen Elemente wird als ein Verlust erlebt, zumal sich in der stärker individualisierten westdeutschen Gesellschaft kein Ersatz hierfür findet.

Ungewohnt ist für die über Jahrzehnte mit sozialistischen Werten konfrontierten Ostdeutschen ebenfalls, daß sich in der neuen Gesellschaft eine Fülle materieller und immaterieller Gelegenheiten zum Gebrauch anbieten, daß darüber hinaus aber keine kohärenten Werte und Normen angeboten werden, die in dieser angebotenen Fülle Orientierungsrichtungen und -sicherheit vermitteln würden. Aufgrund des abrupten gesellschaftlichen Umbruchs sind die Bewohner der neuen Bundesländer für diese Sinn- und Werte-Defizite der „Konsumgesellschaft“ besonders sensibel. Aus heutiger Sicht läßt sich vorhersagen, daß diese Integrationsprobleme zumindest für die vor 1960 Geborenen auch mit fortschreitender Zeit anhalten werden.

Literatur

- Bauman, Z. (1988), *Sociology and postmodernity*, in: *Sociological Review*, 36. Jg., S. 790-813.
- Brock, D. (1993), *Wiederkehr der Klassen? Über Mechanismen der Integration und der Ausgrenzung in entwickelten Industriegesellschaften*, in: *Soziale Welt*, 44. Jg., S. 178 - 198.
- Franz, P. (1994), *Typische Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Umbruchs*, in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*. Opladen, S. 310 - 339.
- Goffman, E. (1973), *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt/M.
- Mayer, K.U. (1994), *Wiedervereinigung, soziale Kontrolle und Generationen. Elemente einer Transformationstheorie*, in: L. Bertels (Hg.), *Gesellschaft, Stadt und Lebensverläufe im Umbruch*. Bad Bentheim, S. 49 - 66.
- Pizzorno, A. (1991), *On the individualistic theory of social order*, in: P. Bourdieu/J.S. Coleman (Hg.), *Social theory for a changing society*. New York, S. 209 - 234.
- Reißig, R. (1993), *Transformationsprozeß Ostdeutschlands - empirische Wahrnehmungen und theoretische Erklärungen*, WZB Discussion Paper P93-001. Berlin.